

Regierung will Empfänger von Agrarbeihilfen nennen

Nichtregierungsorganisationen zweifeln an detaillierter Offenlegung · Bedenken wegen möglicher Verletzung des Datenschutzes

Von Antonia Beckermann, Berlin Die Bundesregierung will künftig alle Empfänger von Agrarsubventionen öffentlich machen. Das gab das Landwirtschaftsministerium gestern bekannt. Unklar blieb bisher, wie detailliert die Beihilfen veröffentlicht werden sollen. "Ob die Offenlegung von Namen datenschutzrechtlich möglich ist, ist noch unklar", sagte ein Sprecher des Ministeriums der FTD. Auch die Abstimmung mit den anderen Ministerien laufe noch.

Nichtregierungsorganisationen bezweifeln, dass die Bundesregierung die Empfänger von Subventionen konsequent offen legen wird. "Wir würden uns freuen, wenn alle Daten ohne Einschränkung veröffentlicht würden, derzeit sind wir aber sehr skeptisch, dass das auch wirklich passieren wird", sagte Marita Wiggerthale, Handelsexpertin von Oxfam. Auch der Umweltverband WWF äußerte sich vorsichtig. "Die Ankündigung hat nicht viel zu bedeuten. Wichtig ist, wie detailliert die Offenlegung aussehen soll", sagt Tanja Dräger de Teran, Agrarexpertin beim WWF.

Die EU-Kommission und Nichtregierungsorganisationen fordern schon lange, die Namen von Subventionsempfängern offen zu legen; mit den Informationen soll ermittelt werden, inwieweit die Gelder effizient ausgegeben und gerecht verteilt werden. Besonders umstritten sind die Ausgaben in der Agrarpolitik. Deutschland erhält jährlich rund 6 Mrd. Euro aus den Agrartöpfen der EU. Bisher hatte sich die Regierung mit Hinweis auf den Datenschutz und eine mögliche Neiddebatte dagegen ausgesprochen, die Namen der Subventionsempfänger zu veröffentlichen. Auch der Bundesrat hatte die Regierung Anfang Juli aufgefordert, sich gegen jede Verpflichtung zur Veröffentlichung von Namen und Förderbeträgen einzusetzen. "Ich hoffe, dass der Bundesratsbeschluss noch eine Weile Bestand hat", sagte Friedrich-Otto Ripke, Staatssekretär im niedersächsischen Landwirtschaftsministerium, der FTD. "Ich halte die Veröffentlichung von Namen für gefährlich, weil sie zur Unsachlichkeit beitragen könnte."

Wie die Detailgenauigkeit ist auch der Umfang noch unklar, in dem Beihilfen offen gelegt werden sollen. Der Landwirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Eckhard Uhlenberg, befürwortet eine Veröffentlichung, solange keine Unterschiede zwischen Landwirtschaft und anderen Sektoren gemacht werden: "Wenn, dann müssen alle EU-Beihilfen bekannt gemacht werden." Ähnlich äußerte sich Adalbert Kienle, stellvertretender Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes: "Eine Offenlegung muss für alle Empfänger aller staatlichen Beihilfen gelten. Die Transparenzpflicht darf nicht nur für Landwirte gelten."

Bis Ende August muss Deutschland der EU-Kommission eine abgestimmte Haltung mitteilen.